

# Bekanntnis zum Bilateralismus



Von Nationalrat Gerold Bührer  
Wirtschaftsberater, Thayngen

«Die Bilateralen – der Weg der Schweiz.» Mit dieser Losung konnte 1999 eine klare Mehrheit der Stimmberechtigten für die bilateralen Abkommen gewonnen werden. Im März 2001 hat dagegen die Volksinitiative «Ja zu Europa» mit 77% Nein-Stimmen eine massive Abfuhr erlitten. Die Bilateralen haben, nach der klaren Annahme von Schengen/Dublin und der Personenfreizügigkeit, eine weitere Bestätigung durch den Souverän erfahren. Dadurch wird sichergestellt, dass unser Land seine wirtschaftlichen Interessen in Europa wahren kann.

## Angeschlagene Glaubwürdigkeit

Der Bundesrat hat sich in all den Jahren mit seinem europapolitischen Kurs schwergetan. Bis vor kurzem hielt er den innenpolitischen und volkswirtschaftlichen Unwägbarkeiten zum Trotz am strategischen Ziel eines Beitritts fest. Ungeachtet des Bekenntnisses zum Bilateralismus – zumindest auf mittlere Sicht – blieb die Glaubwürdigkeit der Landesregierung in diesem zentralen Thema angeschlagen.

Mit der aussenpolitischen Lagebeurteilung vom vergangenen Mai und der Zurückstufung des EU-Beitritts vom Ziel zur Option hatte sich der

Bundesrat zu einer ersten Flurbereinigung durchgerungen. Bezüglich Klarheit blieb man allerdings auf halber Strecke stehen. Erstens konnte man sich mit fadenscheinigen Gründen nicht zu einem Schlussstrich in Sachen Beitrittsgesuch durchringen. Zweitens suchte man Zuflucht zu einem weiteren EU-Bericht, der in diesem Jahr dem Parlament vorgelegt werden soll. Gegen eine regelmässige Analyse aller relevanter politischer und ökonomischer Gegebenheiten ist sicherlich nichts einzuwenden. Nur, diesen Schlüsselfragen wurde auch in jüngster Vergangenheit nachgegangen. Die aussenpolitische Kommission des Ständerates legte beispielsweise einen umfangreichen Bericht vor. Neue wesentliche Erkenntnisse dürften daher kaum zum Vorschein kommen. Die Gefahr besteht höchstens, dass nicht zuletzt mit neuen Varianten wie EU-light zusätzliche Verwirrung geschaffen wird.

## Massgeschneiderter Weg

Wir tun sowohl mit Blick auf die innenpolitischen Realitäten als auch auf die nationalen Interessen gut daran, den bilateralen Weg als massgeschneiderten schweizerischen Weg weiter zu beschreiten. Der anstehende bundesrätliche Bericht wird an den staats- und aussenpolitischen Unvereinbarkeiten sowie dem mangelnden wirtschaftlichen Nutzen eines Beitritts kaum etwas ändern. Der Bundesrat wäre daher gut beraten gewesen, das EU-Beitrittsgesuch zurückzuziehen und seine Anstrengungen auf die Umsetzung und den Ausbau der bilateralen Verträge zu konzentrieren. Das Beitrittsgesuch hat nämlich die innenpolitische Legitimation längststens verloren.

Abgesehen von der mangelnden innenpolitischen Akzeptanz, ist ein EU-Beitritt unter den gegenwärtigen und absehbaren Bedingungen nicht mit den elementaren staats-, aussen- und wirtschaftspolitischen Leitplanken der Schweiz zu vereinbaren. Die politische Weiterentwicklung der EU seit der Einreichung des Gesuches

1992 würde im Falle eines Beitritts die Neutralitätspolitik, den Föderalismus, die direkte Demokratie sowie den wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum erheblich beeinträchtigen.

Der Bilateralismus ist daher unter der Voraussetzung wachstumsfördernder Reformen auch der optimale Weg. Denn ein Beitritt ohne ein marktwirtschaftliches Fitnessprogramm würde ohnehin eine grosse Erwartungslücke hinterlassen. Es muss unserem Land gelingen, auf dem nach wie vor beneidenswert starken Fundament die Wachstumspfeiler im Rahmen einer wettbewerbsorientierten, liberalen Politik zu stärken. Gelingt es der Schweiz, hier wieder Vorreiter zu werden und offener als die sich abschottende EU zu agieren, dann dürfte ein nachhaltiges Wachstum nicht ausbleiben.

## Unmissverständliches Ja

Ein unmissverständliches Ja zum Bilateralismus ist innenpolitisch aber auch eine wichtige Voraussetzung zugunsten der Vertrauensbildung. Mit dem bundesrätlichen Lavieren bleiben unnötigerweise Gräben offen. Mit einer klaren Konzentration auf den bilateralen Weg kann das Misstrauen gegenüber der bundesrätlichen Europapolitik abgebaut und dafür die Akzeptanz für weitere Schritte auf dem bilateralen Weg gestärkt werden. Anstatt sich voreilig in die Defensive drängen zu lassen, tun wir gut daran, diese Position gegenüber Brüssel mit Überzeugung zu kommunizieren. Für den Fall bedeutender Veränderungen bleibt eine Neubeurteilung der Lage jederzeit vorbehalten. Was jetzt Priorität haben muss, sind wachstumsstärkende Reformen und die Umsetzung der Bilateralen im Rahmen einer an unseren Landesinteressen orientierten Aussenwirtschaftspolitik. ●

Ein unmissverständliches Ja zum Bilateralismus ist innenpolitisch eine wichtige Voraussetzung zur Vertrauensbildung.